

Digitale Teilhabe stärken

Positionen der Partnerorganisationen der Initiative „Digital für alle“ zur Bundestagswahl 2025

Digitale Teilhabe ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Chancengleichheit und Mitgestaltung im digitalen Zeitalter. Sie umfasst den Zugang zu digitalen Technologien, die Förderung digitaler Kompetenzen sowie die selbstbewusste und selbstbestimmte Teilhabe am digitalen Leben. Für eine inklusive digitale Zukunft muss sichergestellt werden, dass alle Menschen – unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen – die Möglichkeit haben, von den Chancen der Digitalisierung zu profitieren.

Im Rahmen der Initiative „Digital für alle“ haben wir die Positionen unserer Partnerorganisationen zur digitalen Teilhabe gesammelt. Dieses Papier stellt die unterschiedlichen Perspektiven und Handlungsansätze vor, die unsere Partner aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und öffentlicher Hand eingebracht haben. Die Zusammenstellung dieser Positionen bietet wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung von Maßnahmen und Strategien zur Förderung der digitalen Teilhabe in Deutschland. Sie dient als Grundlage für den Austausch, die Vernetzung und die gemeinsame Arbeit an einer inklusiven digitalen Gesellschaft.

Wir laden Sie ein, die verschiedenen Perspektiven zu entdecken und hoffen, dass diese Sammlung einen positiven Beitrag zu den laufenden Diskussionen und Vorhaben leisten kann.

Die Initiative „Digital für alle“

Die Initiative „Digital für alle“ ist ein Bündnis von mehr als 25 Organisationen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Wohlfahrt und öffentliche Hand mit dem Ziel, die digitale Teilhabe in Deutschland zu fördern. Dafür hat die Initiative den Digitaltag sowie den Preis für digitales Miteinander ins Leben gerufen und stärkt die digitale Teilhabe in der Zivilgesellschaft mit Informationsformaten, Workshops und inhaltlicher Arbeit.



Digitale Teilhabe für alle: Zugang, Chancengleichheit und Inklusion sichern

Positionen des AWO Bundesverband e. V.

Auf einen Blick

- Schlüssel zur Gleichberechtigung: Ein Recht auf digitale Teilhabe
- Digitale Chancengerechtigkeit: Ein Existenzminimum für alle
- Digitale Barrierefreiheit: Zugang für alle sicherstellen

Schlüssel zur Gleichberechtigung: Ein Recht auf digitale Teilhabe

Digitale Teilhabe ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Gleichberechtigung und soziale Integration. Der AWO Bundesverband fordert daher einen universellen Rechtsanspruch auf digitale Teilhabe, um allen Menschen den Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen. Ein bezahlbarer und leistungsfähiger Internetzugang muss ebenso gewährleistet sein wie die Berücksichtigung digitaler Teilhabe in den Transferleistungen der Sozialgesetzbücher. Digitale Kompetenzen sind dabei von entscheidender Bedeutung und müssen flächendeckend gefördert werden. Sie müssen als Teil der Bildungs- und Sozialpolitik gesetzlich verankert werden. Nur durch einen verbindlichen Rechtsanspruch kann die digitale Spaltung überwunden und allen Menschen eine aktive Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ermöglicht werden.

Digitale Chancengerechtigkeit: Ein Existenzminimum für alle

Ein sicherer Zugang zur digitalen Gesellschaft ist entscheidend für die Überwindung sozialer Ungleichheiten. Von Armut betroffene Menschen sind jedoch überproportional von der digitalen Transformation ausgeschlossen, da die Kosten für Internet und digitale Ausstattung in den Sozialleistungen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Der AWO Bundesverband fordert daher ein monatliches digitales Existenzminimum von 60 Euro in allen staatlichen Transferleistungen, das an die Preisentwicklung angepasst wird. Darüber hinaus muss eine finanzierte digitale Grundausstattung von mindestens 600 Euro für Menschen mit Unterstützungsbedarf sichergestellt werden, damit niemand aus finanziellen Gründen von der digitalen Welt ausgeschlossen bleibt.

Digitale Barrierefreiheit: Zugang für alle sicherstellen

Digitale Technologien müssen konsequent barrierefrei gestaltet werden, um die Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Die AWO fordert, die gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit auf alle privatwirtschaftlichen Anbieter auszuweiten, insbesondere im Gesundheitsbereich. Informationen über Sozial- und Verwaltungsleistungen müssen immer auch in Leichter Sprache verfügbar sein. Zudem ist eine Stärkung der Überwachungsstellen für digitale Barrierefreiheit und eine umfassende Beteiligung der betroffenen Zielgruppen bei der Entwicklung neuer Technologien und digitaler Produkte erforderlich. Digitale Angebote und analoge Zugänge müssen in gleicher Qualität gewährleistet werden, um echte Inklusion zu ermöglichen.

Digitale Teilhabe von Älteren fördern!

Positionen der BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V.

Die BAGSO fordert

- ältere Menschen bei der Planung und Erprobung digitaler Dienstleistungen einzubinden und digitale Anwendungen nutzerfreundlicher zu gestalten. Dies betrifft insbesondere die Handhabung, die verständlich sein muss, und Benutzeroberflächen, die vergleichbar und beständig sein sollten.
- die Finanzierung einer digitalen Mindestausstattung als Bedarf in der Grundsicherung festzuschreiben.
- in jeder Kommune öffentlich zugängliche, wohnortnahe Lernorte bereitzustellen, die digitale Kompetenzen vermitteln und individuelle und verlässliche Beratung anbieten (z. B. im Rahmen des DigitalPakt Alter). Die Lernorte müssen über eine digitale Grundausstattung verfügen und nachhaltig gefördert werden.
- alle öffentlichen Dienstleistungen auch analog anzubieten, damit auch Bürgerinnen und Bürger, die nicht über die erforderliche digitale Technik verfügen, sie nutzen können. Dies betrifft neben der öffentlichen Verwaltung insbesondere öffentliche Verkehrsmittel, das Finanzwesen, die Gesundheitssysteme u.v.m.

BAGSO-Forderungen im Detail

- BAGSO e. V. (2024): Für ein gutes Leben im Alter: Forderungen für eine wirksame und nachhaltige Seniorenpolitik in den Bundesländern. Positionspapier. Bonn. www.bagso.de.
- BAGSO e. V. (2022): Leben ohne Internet – geht's noch? Ergebnisbericht. Bonn. www.bagso.de.
- BAGSO e. V. (2020): Ältere Menschen und Digitalisierung. Stellungnahme. Bonn. www.bagso.de.
- www.digitalpakt-alter.de

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Digitale Teilhabe fördern.

Positionen des Bitkom e. V. zur digitalen Teilhabe

Auf einen Blick

- **4 von 10 Deutschen fühlen sich von digitalen Technologien überfordert.** Die Förderung digitaler Teilhabe aller Menschen muss daher zentrales politisches Ziel mit höchster Priorität bleiben. Dazu gehört, Wahlfreiheit zwischen digitalen und analogen Angeboten in den verschiedenen Lebensbereichen sicherzustellen und die Chancen digitaler Technologien für mehr Teilhabe gezielt zu nutzen.
- **Etwa 30% der Internetnutzer:innen sind auf Barrierefreiheit angewiesen.** Zentraler Hebel ist daher die konsequente Sicherstellung der Barrierefreiheit digitaler Produkte und Dienstleistungen im öffentlichen sowie privaten Sektor – damit langfristig alle Menschen digitale Inhalte wahrnehmen und ohne fremde Hilfe verstehen und mit ihnen interagieren können.

Barrierefreiheitsstärkungsgesetz pragmatisch umsetzen

Alle beteiligten Unternehmen, Verbände und staatlichen Stellen teilen das Interesse an einer rechtssicheren Umsetzung des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes (BFSG) und der dazugehörigen Verordnung (BFSV), um Hürden und Barrieren abzubauen. Klare Verantwortlichkeiten und bekannte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind dabei entscheidend. Außerdem darf es keine länderspezifischen Sonderwege geben, um ein gleichmäßiges Niveau der digitalen Barrierefreiheit in ganz Deutschland zu erreichen. Zudem müssen eine inklusive Gestaltung und Entwicklung digitaler Produkte, Dienstleistungen und Konzepte im öffentlichen wie im privaten Sektor weiter vorangetrieben werden.

Niedrigschwellige Lernorte und Digitallotsen in der Fläche fest etablieren

Mit dem Ausbau non-formaler Lern- und Unterstützungsangebote zu digitalen Kompetenzen nehmen wir »Offliner« mit. Dabei ist es wichtig, auch Menschen zu erreichen, die sich nicht in einer Ausbildung oder in einem Arbeitsverhältnis befinden. Die Erfahrungsorte des DigitalPakts Alter sowie die KI-Lernorte des Projekts »KI für ein gutes Altern« leisten wertvolle Unterstützung für ältere Menschen und sollten gemeinsam mit Ländern und Kommunen fortgeführt und ausgebaut werden. Bei digitalen Behördengängen sollten zudem spezielle Digitallotsen unterstützen – freiwerdende Personalressourcen durch Digitalisierung der Verwaltung können hierfür genutzt werden.

Monitoring der Digitalkompetenzen in Deutschland einführen

Für eine Stärkung der digitalen Teilhabe braucht es als Teil eines Aktionsplans Digitale Bildung ein Monitoringssystem der gesamtgesellschaftlichen Digitalkompetenzen auf Bundesebene mit geeigneten Benchmarks, um die digitale Teilhabe in der Gesellschaft transparent zu messen und die Auswirkungen neuer Technologien zu erfassen. Vorbild sollten die nordischen und baltischen Länder sein, die sich digitale Inklusion nicht nur als politisches Ziel gesetzt, sondern ähnliche Monitoringsysteme entwickelt haben.

Digitale Teilhabe als Elternvertretung

Positionen des Bundeselternrats

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft tiefgreifend – und das Bildungssystem bildet hierbei keine Ausnahme. Als Bundeselternrat sehen wir es als unsere zentrale Aufgabe, eine zukunftsfähige, gerechte und inklusive digitale Bildungslandschaft aktiv mitzugestalten. Im Fokus steht die digitale Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen, unabhängig von sozialen, regionalen oder kulturellen Hintergründen.

Digitale Teilhabe beginnt mit Bildungsgerechtigkeit

Digitale Bildung darf kein Privileg sein, sondern muss als Grundrecht verstanden werden. Der Zugang zu digitalen Endgeräten, einer stabilen Internetverbindung und geeigneten Lernplattformen muss für alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen gewährleistet sein. Wir fordern daher:

- Bundesweit einheitliche Standards für digitale Ausstattung an Schulen, die eine flächendeckende Versorgung sicherstellen.
- Finanzielle Unterstützung für Familien, damit die Anschaffung digitaler Endgeräte kein Hindernis darstellt – nach dem Vorbild des "Hessischen Modells".
- Verankerung digitaler Kompetenzen in den Lehrplänen, um junge Menschen auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten.

Eltern als Mitgestalter der digitalen Transformation

Eltern spielen eine entscheidende Rolle, wenn es um die Vermittlung digitaler Kompetenzen und die Nutzung digitaler Technologien geht. Der Bundeselternrat setzt sich dafür ein, Eltern nicht nur als Unterstützer ihrer Kinder, sondern als aktive Mitgestalter im Bildungsprozess zu sehen. Eltern brauchen eine Stimme in digitalen Bildungsprozessen. Wir fordern:

- Bessere Einbindung von Eltern in bildungspolitische Entscheidungen im Bereich der Digitalisierung.
- Schulungen und Informationsangebote für Eltern, damit sie ihre Kinder bei der Nutzung digitaler Medien kompetent begleiten können.
- Transparenz und Mitbestimmung bei der Einführung digitaler Lernmittel, Datenschutzregelungen und Plattformen an Schulen.

Digitale Demokratie fördern

Digitale Bildung bietet nicht nur Chancen für individuelle Lernprozesse, sondern auch für eine demokratische Gesellschaft. Digitale Technologien ermöglichen neue Formen der Partizipation und Mitgestaltung – im Klassenzimmer, in der Elternarbeit und in der Politik. Der Bundeselternrat setzt sich dafür ein, digitale Demokratie im Bildungswesen zu stärken. Dies umfasst:

- Niedrigschwellige digitale Beteiligungsmöglichkeiten für Elternvertretungen auf allen Ebenen.
- Förderung digitaler Plattformen, die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Schulen, Eltern und Schülern erleichtern.
- Aufklärung über Chancen und Risiken digitaler Medien in Bezug auf Meinungsbildung und demokratische Prozesse.

Bibliotheken als Ankerpunkte für digitale Teilhabe und Inklusion

Positionen des Deutschen Bibliotheksverbands e. V.

Auf einen Blick

- Bibliotheken stärken digitale Teilhabe der Gesellschaft in der Breite
- Bibliotheken unterstützen im Kampf gegen Desinformationen
- Bibliotheken in bundespolitische Strategien zu digitaler Bildung einbeziehen

Bibliotheken stärken digitale Teilhabe der Gesellschaft in der Breite

Bibliotheken leisten einen wichtigen Beitrag zu digitaler Inklusion und Teilhabe, indem sie Menschen jeden Alters den Einstieg in digitale Welten ermöglichen. Sie unterstützen kostenfrei, niedrigschwellig und kompetent beim Umgang mit digitalen Medien und Informationen, Geräten und Anwendungen. Ihr breites Angebot adressiert die unterschiedlichsten Zielgruppen, von freiem WLAN über digitaler Leseförderung für Kita- und Grundschulkindern bis zu Smartphone-Sprechstunden für Senior*innen. Damit sind Bibliotheken starke Partner bei der Förderung der digitalen Mündigkeit. Mit mehr als 8.000 Standorten in Deutschland können Bibliotheken viel dazu beitragen, digitale Kompetenzen in der Breite zu stärken und der digitalen Spaltung unserer Gesellschaft effektiv entgegenzuwirken. Dafür muss die Politik sie mit den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten.

Bibliotheken unterstützen im Kampf gegen Desinformationen

Die Herausforderungen durch gezielte Desinformationen im digitalen Raum haben in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Bibliotheken machen vielfältige und niedrigschwellige Angebote, die den souveränen Umgang mit digitalen Medien und Informationen in die Breite vermitteln und helfen, Desinformationen im Netz zu erkennen. Die gesellschaftliche Resilienz gegen Desinformationen muss durch eine bundesweite Kampagne wirkungsvoll gestärkt werden. In diesem Rahmen müssen die Angebote der Medien- und Informationskompetenzförderung in Bibliotheken flächendeckend ausgebaut werden.

Bibliotheken in bundespolitische Strategien zu digitaler Bildung einbeziehen

Trotz ihrer weitreichenden digitalen Angebote werden Bibliotheken in bildungspolitischen Vorhaben und Strategien des Bundes bisher nicht berücksichtigt. Das ist eine verpasste Chance. Die Bundesregierung muss Bibliotheken in ihre Digitalstrategien aktiv einbeziehen. Nur so können die Potentiale von Bibliotheken zur Förderung digitaler Bildung und die Teilhabe an digitalen Entwicklungen aller gesellschaftlicher Gruppen in der Breite genutzt werden.

Digitale Zukunft gestalten: Mehr Teilhabe für alle

Positionen des Deutschen Caritasverband e.V.

Auf einen Blick

- Gesellschaftliche Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingen nur bei digitaler Teilhabe
- Daten-Analyse und KI tragen zu einer sozialen Sicherung bei, die ankommt.
- Ein funktionierender Sozialstaat braucht eine digitale Verwaltung – und kompatible Wohlfahrtsverbände

Digitale Teilhabe für alle ermöglichen

Ohne digitale Teilhabe ist die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben kaum mehr möglich. Daher fordert der DCV angemessene, höhere Beträge für notwendige Hard- und Software, sichere Internetzugänge für Menschen mit Anspruch auf Sozialleistungen. Wir fordern Angebote für vulnerable und benachteiligten Personengruppen und in Schulen, um digitale Kompetenzen zu erlernen.

Selbstbestimmter Umgang mit Daten und gemeinwohlorientierte Nutzung

Menschen müssen selbstbestimmt über den Umgang mit ihren Daten entscheiden können. Gleichzeitig spricht sich der DCV für ein Nutzungsgebot gesellschaftlich relevanter Daten aus, die oftmals erhoben, aber wegen fehlender Standards zu selten für das Gemeinwohl genutzt werden. Daten sollen nicht nur über vulnerable Gruppen gesammelt werden, sondern diese sollen Daten zur Selbsthilfe besser einsetzen können.

KI-Einsatz im Sozialen fördern, Diskriminierung wirksam verhindern

Algorithmische Systeme (“KI”) bieten enormes Potenzial für Wissenszuwachs und könnten den Mangel an Fachkräften verringern. Um diese Systeme zum Wohl der Klient_innen einsetzen zu können, braucht die Freie Wohlfahrtspflege finanzielle Mittel und passende Rahmenbedingungen. Vulnerable Personengruppen müssen vor Diskriminierung durch ADM (algorithmic decision making) wirksam geschützt werden.

Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge (mehrkanalfähige Verwaltung)

Bürger_innen sollen leichter und schneller mit Sozialleistungen unterstützt werden, die ihnen rechtlich zustehen. Dafür braucht es Verwaltungen und Angebote der Daseinsvorsorge, die analog wie digital, erreichbar sind und Menschen bei Bedarf Hilfestellung leisten, um ihre Rechte und Angebote wahrzunehmen.

Wohlfahrtsverbände als Träger sozialer Infrastrukturen digital befähigen

Die Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege sind grundlegende Bestandteile des deutschen Sozialstaats. Sie müssen digitale Kompetenzen aufbauen, Angebote mit einer modernen Verwaltung vernetzen und Innovationen für digitale Unterstützungsangebote regelfinanziert leisten können.

Digitale Teilhabe im Kulturbereich

Positionen des Deutschen Kulturrates

Auf einen Blick

- Als Spitzenverband der Bundeskulturverbände ist der Deutsche Kulturrat die kulturpolitische Stimme für 285 Verbände aus dem gesamten Kultur- und Mediensektor.
- Mit seinen kulturpolitischen Forderungen zur Bundestagswahl macht der Deutsche Kulturrat deutlich: Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik.

Digitale Teilhabe bedeutet auch: Beachtung der Urheber- und Persönlichkeitsrechte

Die Entwicklung und der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) gehen mit großer Schnelligkeit voran. KI führt für Kreative, für Kultureinrichtungen und Kulturunternehmen zu Herausforderungen und Chancen. Sie stellt aber auch konkrete Gefahren dar, da z. B. Arbeitsplätze und Tätigkeiten von Soloselbstständigen und Unternehmen substituiert werden. Mit der KI-Verordnung wurde auf europäischer Ebene ein erstes Rahmenwerk für den Umgang mit KI geschaffen. Dessen ungeachtet stellt sich weiterhin eine Vielzahl weiterer Fragen, die dringend einer rechtlichen Klärung bedürfen. In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass Urheberinnen und Urheber, ausübende Künstlerinnen und Künstler sowie weitere Rechtsinhaber eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke und Leistungen für KI-Zwecke erhalten, insbesondere bei kommerziellen Nutzungen. Dies gilt es auch auf europäischer und internationaler Ebene zu vertreten.

KI und Barrierefreiheit

Die Schaffung von Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die den Kulturbereich einschließt. Den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kunst und Kultur zu gewährleisten, ist gemäß der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention eine geltende Verpflichtung. KI kann eine Möglichkeit sein – unter Beachtung des Urheberrechts – den barrierefreien Zugang zu Kunst, Kultur und Medien effektiver und individueller zu gestalten.

Der Deutsche Kulturrat sieht die öffentliche Hand gefordert, die Forschung und Entwicklung von qualitativ hochwertigen KI-Lösungen, die den barrierefreien Zugang zu Kunst, Kultur und Medien verbessern, sowie die Institutionen und Unternehmen bei der Einführung und Bereitstellung solcher Systeme zu unterstützen.

KI in der Bildung

Der kompetente Umgang mit KI ist eine bildungspolitische Herausforderung. Dies gilt sowohl für die schulische Bildung, die außerschulische Kinder- und Jugendbildung als auch die Erwachsenenbildung einschließlich der Seniorenbildung. Menschen aller Generationen sind gefordert, sich mit den Möglichkeiten, Funktionsregeln und Grenzen generativer Modelle auseinanderzusetzen, um einen kompetenten Umgang mit solchen Anwendungen zu lernen und für das eigene künstlerische bzw. kreative Schaffen zu nutzen. Dazu zählt, missbräuchliche Verwendungen von KI, z. B. zum Zweck der Desinformation oder der Bildfälschungen (Deep Fakes), zu erkennen. Menschen benötigen künftig eine umfassende KI-Kompetenz. Dem lebensbegleitenden Lernen sowie der kulturellen Bildung und Medienpädagogik in der Schule und der außerschulischen Bildung kommt hier eine besondere Rolle zu. Damit dies gelingt, muss die Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Mitarbeitenden ausgebaut werden.



Teilhabe erfordert Infrastruktur

Positionen des Deutschen Landkreistages

Auf einen Blick

- Wir fordern vom Bund eine verlässliche Förderung des Glasfaserausbau bis mindestens 2030.
- Der eigenwirtschaftliche Ausbau braucht bessere Rahmenbedingungen.
- Im Mobilfunkbereich müssen die verbliebenen Lücken im LTE-Netz geschlossen werden. Ein mögliches Instrument kann auch die Verpflichtung zum nationalen Roaming sein.
- Registermodernisierung und KI haben das Potenzial, dass die Verwaltung bürgernäher und effizienter wird.

Digitale Infrastrukturen flächendeckend ausbauen

Flächendeckende digitale Infrastrukturen sind die notwendige Basis dafür, dass sich die Gigabit-Gesellschaft auch in den ländlichen Räumen entwickeln kann. Viele Landkreise nutzen das Breitbandförderprogramm des Bundes, um eigene, hochleistungsfähige Glasfasernetze zu errichten oder Telekommunikationsunternehmen bei der Errichtung kreisweiter Netze zu unterstützen.

- Der Deutsche Landkreistag fordert vom Bund eine verlässliche Förderung des Glasfaserausbau bis mindestens 2030. Der Ausbau hat durch die drastische Kürzung der Fördermittel des Bundes in den Jahren 2024 und 2025 einen erheblichen Rückschlag erlebt. Angesichts einer spürbar nachlassenden Dynamik des eigenwirtschaftlichen Ausbaus ist es erforderlich, mit der Förderung neue Impulse zu setzen, um die Gigabitziele zu erreichen. Das setzt nicht nur möglichst unbürokratische Förderbedingungen, sondern auch die Bereitstellung von ausreichenden Fördermitteln, mindestens i. H. v. von 3 Mrd. € jährlich voraus.
- Gleichzeitig sind bessere Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaftlichen Ausbau zu schaffen. Dies gilt insbesondere für den wettbewerbskonformen Übergang von Kupfer auf Glasfaser und die Unterbindung des strategischen Überbaus.
- Im Mobilfunkbereich müssen die verbliebenen Lücken im LTE-Netz geschlossen werden. Beim flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes darf es auch in den ländlichen Räumen nicht zu Verzögerungen kommen. Bei der bevorstehenden erneuten Verlängerung von Funkfrequenzen muss es eine Verpflichtung der Unternehmen zum flächendeckenden Ausbau geben. Ein mögliches Instrument kann auch die Verpflichtung zum nationalen Roaming sein.

Die Daten und nicht die Menschen laufen lassen

Bürger und Unternehmen sollen ihre Daten gegenüber den Behörden bei der Beantragung von Verwaltungsleistungen nur noch einmalig übermitteln. Dadurch werden die Hürden des Zugangs zu staatlichen Angeboten gesenkt und die digitale Teilhabe gestärkt. Der Bund ist aufgefordert, eine nachhaltige sowie leistungsfähige Infrastruktur bereitzustellen und die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

KI ist ein Treiber für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung

KI bietet großes Potenzial für eine effizientere und bürgerefreundlichere Verwaltung. Die EU-KI-Verordnung schafft dafür einen rechtlichen Rahmen, der praxisnah und unbürokratisch umgesetzt werden muss. Förderinstrumente wie Reallabore sollten verstärkt auch in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden.

Digitale Teilhabe ist soziale Teilhabe

Positionen des Deutschen Roten Kreuz e.V. Generalsekretariats

Auf einen Blick

- Digitale Teilhabe im Sinne sozialer Teilhabe fördern

Digitale Kompetenzen

- Digitale Kompetenzen sind entscheidend für die Teilhabe an einer zunehmend digitalen Gesellschaft.
- Besonders vulnerable Gruppen benötigen spezielle Unterstützung, um digitale Kompetenzen zu erwerben und auszubauen. Daher müssen Programme zur Förderung digitaler (Grund-) Kompetenzen für vulnerable Gruppen entwickelt und nachhaltig finanziert werden.

Digitale Zugänge

- Digitale Angebote der öffentlichen Verwaltung müssen so gestaltet sein, dass sie für alle Menschen zugänglich sind, insbesondere für vulnerable Gruppen.

Regelfinanzierung

- Die gemeinnützige Freie Wohlfahrtspflege benötigt neue Wege in der Regelfinanzierung, z. B. eigene Förderprogramme, um digitale Technologien für ihre sozialen Einrichtungen entwickeln und implementieren zu können. Auch ihr müssen die Chancen des technologischen Wandels im Sinne ihrer Zielgruppen offenstehen.

Potenziale der Weiterbildung für die digitale Transformation

Positionen des Deutschen Volkshochschul-Verbands

Auf einen Blick

- Digitale Infrastruktur stärken: Der Bund muss die digitale Ausstattung von Volkshochschulen flächendeckend fördern.
- Lehrkräfte qualifizieren: Eine nachhaltige digitale Transformation erfordert gezielte Weiterbildungen im Umgang mit digitalen Technologien.
- Qualitätsstandards entwickeln: Bund und Länder sollen Standards für digitale Lehrformen fördern und unterstützen.

Zukunftsort Volkshochschule – Digitalisierung als Schlüssel

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund in Form eines „Investitionsfonds Digitalisierung in der Weiterbildung“ die technische Ausstattung und Infrastruktur der Einrichtungen vorantreibt, um der weiter voranschreitenden digitalen Spaltung der Gesellschaft systematisch entgegenzuwirken. Nur mit einer modernen und flächendeckenden Ausstattung können Volkshochschulen Menschen befähigen, sich souverän in einer zunehmend digitalen Welt zu bewegen und einen sicheren Umgang mit neuen Technologien wie KI zu erlernen. Außerdem soll der Bund ein Entwicklungsvorhaben aufsetzen, um Qualitätsstandards für neue digitale Formen des Lehrens zu entwickeln. Dies umfasst auch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel, um Lehrkräfte und Programmverantwortliche gezielt im Umgang mit neuen Technologien zu qualifizieren.

Neue Skills für eine neue Zeit

Positionen des TÜV-Verbands

Auf einen Blick

- Bildungsoffensive für Digitalisierung starten
- Weiterbildungsbeteiligung erhöhen: Ziele der Weiterbildungsstrategie umsetzen
- Vernetzung fördern: Weiterbildungsverbände stärken

Bildungsoffensive für Digitalisierung starten

Es braucht eine bundesweite Bildungsoffensive für digitale Technologien und KI. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe entlang der Bildungskette. Der Grundstein für lebensbegleitendes Lernen wird bereits in der Schule gelegt. Die Bedeutung von Faktenwissen muss sich jedoch auch darüber hinaus dringend zugunsten von lernmethodischen Fähigkeiten und Zukunftskompetenzen verschieben. Über die gesamte Bildungskette hinweg müssen digitale Kompetenzen und Soft Skills stärker gefördert werden. Insbesondere kritisches Denken, Kreativität, Kommunikations- und Kollaborationsfähigkeit werden im digitalen Zeitalter immer wichtiger und müssen auch in Ausbildung, Studium und der beruflichen Weiterbildung eine größere Rolle spielen.

Weiterbildungsbeteiligung erhöhen: Ziele der Weiterbildungsstrategie umsetzen

Weiterbildung ist das zentrale Instrument, um das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmenden zu erhöhen und Fachkräfte bei Zukunftsthemen up to date zu halten. Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, die Weiterbildungsbeteiligung der Erwerbstätigen von 52 Prozent im Jahr 2020 bis auf 65 Prozent im Jahr 2030 zu steigern. Mit der Nationalen Weiterbildungsstrategie, dem Aus- und Weiterbildungsgesetz und der Nationalen Online-Weiterbildungsplattform sind erste wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen worden. Jetzt gilt es, die getroffenen Maßnahmen schnell umzusetzen und weiterzuentwickeln, um das gesteckte Weiterbildungsziel möglichst vorzeitig zu erreichen.

Vernetzung fördern: Weiterbildungsverbände stärken

Aufbauend auf dem Bundesprogramm können Weiterbildungsverbände als regionale Netzwerke von KMU, Weiterbildungs- und Arbeitsmarktakteuren helfen, Synergien für Weiterbildungsinitiativen über Betriebsgrenzen hinweg zu schaffen. Ziel muss sein, die Weiterbildungsteilhabe zu verbessern, Kooperationen von Bildungspartnern zu Kompetenzen für die digitale Transformation zu vertiefen und Weiterbildungsangebote besser mit den tatsächlichen Bedarfen in Einklang zu bringen.

Digitale Daseinsvorsorge stärken

Positionen des Verbands kommunaler Unternehmen

Auf einen Blick

- Bedeutung der Digitalisierung mit eigenem Bundesministerium gerecht werden.
- Digitale Daseinsvorsorge souverän gewährleisten: Klare Regeln für kommunale Daten.
- Kein Überbau kommunaler Glasfaserinfrastruktur, zügige und diskriminierungsfreie Kupfer-Glas-Migration.

Digitale Daseinsvorsorge für lebenswerte Kommunen und den Standort Deutschland

Die digitale Transformation ist Voraussetzung für ein wirtschaftlich starkes und modernes Deutschland. Ein finanziell und personell gut ausgestattetes Digitalministerium setzt den Rahmen für eine erfolgreiche Umsetzung und unterstreicht die Gleichwertigkeit des Themas. Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe. Der Föderalismus darf kein Hemmschuh sein. Es sollte systematisch voneinander gelernt und geprüft werden, wo Standards sinnvoll sind. Ein Dateninstitut sollte zügig aufgebaut werden. Smart City, KI, Glasfaser: kommunale Unternehmen legen die Basis für moderne, digitale Kommunen. Digitale Daseinsvorsorge wird zur neuen Säule kommunaler Infrastruktur. Dazu brauchen Kommunen umfangreiche Investitionsmittel. Für die konkreten Aufgaben sind kommunale Unternehmen starke Partner. Sie agieren verlässlich vor Ort, haben hohes Vertrauen und schöpfen Werte, die sie vor Ort reinvestieren.

Kommunen müssen in einer digitalen Welt souverän agieren können. Kommunale Unternehmen unterstützen sie dabei und brauchen innovativen Freiraum, um im Wettbewerb mithalten zu können. Der Umgang mit kommunalen Daten muss klar geregelt sein.

Verlässlichen Rahmen für Digitale Infrastrukturen schaffen

Für einen zügigen Glasfaserausbau braucht es einen verlässlichen Rechtsrahmen, der fairen Wettbewerb und Planungssicherheit ermöglicht und Doppelstrukturen sowie Überregulierung verhindert. Ergänzend sind Anschubfinanzierungen für Innovationen und hohe Standards bei Sicherheit und Datenschutz essenziell.

Die kommunalen Unternehmen treiben den Glasfaserausbau maßgeblich voran und erwarten eine ebenso entschlossene Haltung der Politik. Dazu gehören wirksame Maßnahmen gegen strategischen Über- und Doppelausbau, eine zügige, diskriminierungsfreie Kupfer-Glas-Migration sowie ein EU-Rechtsrahmen, der auf marktgetriebenen Wettbewerb setzt. Die Belange kommunaler Glasfaseranbieter müssen berücksichtigt werden, anstatt sich auf große private Unternehmen zu konzentrieren. Kommunale Unternehmen bauen auch in wirtschaftlich weniger rentablen Gebieten aus und tragen so zu gleichwertigen Lebensverhältnissen sowie den EU-Digital- und Kohäsionszielen bei. Investitionen müssen planbar sein.

Zu einer modernen digitalen Infrastruktur gehören auch leistungsfähige Rechenzentren als Basis schneller, sicherer Datenbereitstellung. Kommunale Rechenzentren bieten Vertrauen, Sicherheit und Souveränität.

Verbraucher:innen mitdenken

Positionen des Verbraucherzentrale Bundesverbands

Auf einen Blick

- Aufsicht für Künstliche Intelligenz nutzerfreundlich gestalten
- Profilbildung zu Werbezwecken verbieten
- Sichere digitale Identität einführen

Aufsicht für Künstliche Intelligenz nutzerfreundlich gestalten

Künstliche Intelligenz (KI) beeinflusst den Alltag der Verbraucher:innen an immer mehr Stellen. Dabei besteht die Gefahr, dass KI die Verbraucher:innen manipuliert und übervorteilt.

Die Bundesregierung sollte eine zentrale Beschwerdestelle einrichten. Der Ablauf des Beschwerdeverfahrens muss für Verbraucher:innen einfach und nachvollziehbar sein. Die Interessen der Verbraucher:innen sollten in einem einzurichtenden KI-Beirat berücksichtigt werden.

Profilbildung zu Werbezwecken verbieten

Beim Surfen im Internet hinterlassen Nutzer:innen Datenspuren, die von Unternehmen zu Profilen zusammengefasst werden. Mit diesen Profilen können Konzerne gezielt Werbung schalten. Das gefährdet die Privatsphäre, ermöglicht Manipulation und begünstigt Diskriminierung.

Die Bundesregierung sollte sich für ein Verbot der Profilbildung zu Werbezwecken einsetzen. Verbraucher:innen sollten das Internet und ihre Smartphones nutzen können, ohne dass ihre Daten zu Werbezwecken gesammelt werden. Neue Technologien wie zum Beispiel KI sollten berücksichtigt werden.

Sichere digitale Identität einführen

Wer online Verträge schließt, muss häufig einen Identitätsnachweis vorlegen, etwa einen Personalausweis oder Führerschein. Diese Nachweise beinhalten jedoch oft viele weitere sensible Information, die für den Vertragsabschluss nicht relevant sind.

Die Bundesregierung sollte eine sichere digitale Identität einführen, die nutzer- und datenschutzfreundlich ist. Die digitale Identität muss über eine robuste Sicherheitsarchitektur verfügen und datensparsam sowie niedrigschwellig nutzbar sein. Ihre Nutzung sollte freiwillig erfolgen, um den Datenschutz der Verbraucher:innen zu gewährleisten.



Gute Arbeit, tariflich entlohnt, abgesichert und mitbestimmt

Positionen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Auf einen Blick

- Erwerbstätige in der digitalen Arbeitswelt brauchen mehr Zeitsouveränität für unterschiedliche Lebensphasen und für eine sich wandelnde Arbeitswelt in Verbindung mit geförderter Bildungs(teil)zeit und Weiterbildung
- Ein erfolgreicher sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft erfordert eine aktive Dienstleistungs- und Industriepolitik. Hierfür bedarf es staatlicher Investitionsförderungen, einer aktiven Forschungs- und Entwicklungspolitik sowie der Förderung von Innovationen und Qualifizierung. Der Zugang zu einem leistungsfähigen Breitbandangebot ist unerlässlich.
- Sozialen Zusammenhalt und Demokratie durch digitale Teilhabe stärken

Digitale Teilhabe ist gesellschaftliche Teilhabe: Förderung von Kompetenzen und Sicherheit in digitalen Lebensräumen

Positionen der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Auf einen Blick

- Digitale Kluft: gesicherte und nachhaltige Fördermöglichkeiten für Programme in der Vermittlung digitaler Kompetenzen
- Demokratie schützen: Konsequente Bekämpfung des Antisemitismus auch in digitalen Räumen
- Sicherheit für alle Menschen in Deutschland: auch digitale Räume müssen für vulnerable Gruppen sicher werden und bleiben

Online-Sicherheit bedeutet ganzheitliche Verantwortung für den Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Die Gewährleistung der Sicherheit in digitalen Räumen ist eine Grundvoraussetzung für den Schutz von Demokratie und individueller Freiheitsrechte. Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) fordert daher gezielte Maßnahmen, um vulnerable Zielgruppen vor digitalen Bedrohungen wie Hassrede, Desinformation und Cyberkriminalität zu schützen. Dies umfasst sowohl die Vermittlung von Medienkompetenzen als auch die Entwicklung technischer Schutzmechanismen. Nur durch die Verankerung zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen und nachhaltig gesicherten Förderprogrammen kann digitale Teilhabe aller ermöglicht werden.

Bekämpfung von Online-Antisemitismus: Schutz und Sensibilisierung

Für Jüdinnen und Juden hat sich die Situation im digitalen Raum dramatisch verschärft. Antisemitismus zeigt sich im Netz in subtiler Sprache und vielfältigen Formen, was zu einem Rückzug vieler Betroffener führt. Die ZWST fordert die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten auch im Netz, die Förderung von Online-Sicherheitskompetenzen und eine gesellschaftliche Sensibilisierung für destruktive und demokratiegefährdende Phänomene. Diese Maßnahmen sind entscheidend, um die Sicherheit und Teilhabe jüdischer Menschen in digitalen Räumen zu gewährleisten.

Digitale Sicherheitsinfrastruktur: Schutzsysteme ausbauen

Digitale Schutzsysteme müssen speziell auf die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen zugeschnitten werden. Der Verband fordert die Einrichtung von Meldesystemen und Notfallhotlines für digitale Gewalt und andere Cyber-vorfälle sowie die Bereitstellung sicherer Plattformen. Darüber hinaus bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, staatlichen Institutionen und der Wirtschaft, um nachhaltige und wirksame Konzepte zur Förderung der digitalen Sicherheit zu entwickeln. Eine klare Kompetenzverteilung und stärkere staatliche Regulierung sind dafür unerlässlich.